

## Kurzprotokoll des Expertentreffens „Koordinierte Psychosoziale Notfallversorgung in Berlin“ am 21. April 2004 in Berlin

Das Forschungsprojekt „Netzwerk psychosoziale Notfallversorgung“ veranstaltete unterstützt durch den Malteser Hilfsdienst, Diözesan- und Landesgeschäftsstelle Berlin, ein Expertentreffen. Dabei wurde der Expertenbegriff hier weit verstanden: angesprochen waren alle, die zu unterschiedlichen Zeiten bereits im System psychosozialer Notfallversorgung (PSNV) aktiv sind (zielgruppenübergreifend), oder sich in dieses System langfristig einbringen möchten. Vertreten waren Verantwortliche aus Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) (u.a. Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr), Hilfsorganisationen (z.B. Malteser Hilfsdienst), medizinischer und regulärer psychosozialer Versorgung, Verkehrsunternehmen, Fachwissenschaftler, Senatsvertreter und Akteure in der psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) (z.B. Kriseninterventionsteams – KIT). Für die Modellregion Berlin war es das erste interdisziplinäre Experten-Treffen innerhalb der Projektlaufzeit. Es war bereits in der ersten Projektphase (12/02-03/03) geplant, wurde jedoch aufgrund organisatorischer Barrieren verschoben.

Ziel war zum einen, den aktuellen Stand der Vernetzung und die Anbieterlandschaft PSNV in Berlin zu erfassen. Darüber hinaus sollten Ressourcen der langfristigen Nachsorge für Opfer, Angehörige und Hinterbliebene sowie Einsatzkräfte im System der psychotherapeutischen und psychosozialen Versorgung sowie des beispielhaft vernetzten Berliner Krisendienstes erschlossen werden. Ziel war dabei auch, vorhandene Ressourcen stärker zu bündeln. Eine Trennung von Krisenintervention und Notfallseelsorge sowie von Einsatznachsorge und Seelsorge in Feuerwehr und Rettungsdienst wurde hier bewusst nicht vollzogen, da der Austausch aller Akteure im Vordergrund stand. Zum anderen war die Abstimmung und Diskussion mit den Berliner Teilnehmenden über die Praktikabilität und die Chancen der Umsetzung der Entwürfe von Empfehlungen für die strukturelle Einbindung PSNV Ziel des Treffens. Vor allem wurde das Gespräch mit politisch Verantwortlichen und Kostenträgern gesucht. Bestehende Initiativen sollten auch durch das Forschungsprojekt gestärkt werden. Die Fragestellungen waren in einem Vorbereitungstreffen mit Vertretern der Berliner Feuerwehr, Berliner Krisendienstes und des Unfallkrankenhauses Berlin-Marzahn abgestimmt worden. Von Seiten des Forschungsprojekts wurden die Entwürfe der Empfehlungen für die strukturelle Einbindung vorgestellt sowie Ergebnisse aus der Auswertung der Interviews mit Koordinierungsexperten bei der Sturmkatastrophe in Schwanwerder. Die Vertreterin der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ), Frau Dr. Helmerichs, berichtete vom Aufbau des neuen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Im Anschluss wurden offene Fragen zur Vernetzung, zur Qualität, Politik und Recht diskutiert. Abschließend war die Einigung auf die Zielsetzung für die nächsten Schritte zu einer strukturiert vernetzten PSNV geplant.

Die Teilnehmenden diskutierten zunächst Ressourcen und Barrieren der Umsetzbarkeit der durch das Projekt entworfenen Empfehlungen hinsichtlich der Koordinierung PSNV in der Großschadenslage. In diesem Kontext wurde die Einrichtung einer Koordinierungsstelle PSNV vorgeschlagen, wobei dazu eine engere Zusammenarbeit mit den Senatsverwaltungen für Inneres sowie Soziales und Gesundheit als notwendig erachtet wird. In der konkreten Schadenslage wurde die Einrichtung einer Stabsstelle PSNV (z.B. als eigenes Sachgebiet innerhalb des Führungsstabes – S7) empfohlen. Allerdings wären dazu rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, mit deren Entwicklung nach Einschätzung der Teilnehmer, derzeit in Berlin kaum zu rechnen ist. Daher werden auch Formen der Einbindung PSNV unterhalb einer Stabsstelle diskutiert (z.B. Fachberater bzw. Einbindung in S1 oder S3). In diesem Zusammenhang wird auch auf Defizite auf der Ebene der Ausbildung von Koordinierenden PSNV in der Großschadenslage (GSL) verwiesen. Es wurden Planungen vorgestellt, wonach

---

die Entwicklung einer Ausbildung zum „Fachberater für psychosoziale Unterstützung“ ange-  
dacht ist. In Berlin seien die Verantwortlichen in den BOS und Senatsverwaltungen darüber  
bereits informiert und unterstützen dieses Vorhaben.

Die Planungen, ein bundesweites Netzwerk PSNV zu etablieren wurden z.T. kritisch gese-  
hen. Insbesondere wurde bezweifelt, dass ein solches Netzwerk hinsichtlich Flexibilität und  
Transparenz überhaupt arbeitsfähig würde. Daher wurde von den Teilnehmenden vorge-  
schlagen, kleine, regionale Vernetzungsinitiativen stärker zu unterstützen. Aus der Sicht des  
Projekts wurde dahingehend auf die unterschiedlichen Ebenen und Funktionen von Vernet-  
zung verwiesen. Auf Bundesebene wären behörden- und organisationsübergreifende Ver-  
einbarungen hinsichtlich PSNV möglich, also eher das Schaffen von Rahmenbedingungen  
für regional vernetzte Strukturen. Für einen kontinuierlichen Fachaustausch zwischen Exper-  
ten werden von Seiten des Projekts allerdings kleinere, regionale Strukturen als notwendig-  
erachtet. Als Beispiel für die Vernetzung auf unterschiedlichen Ebenen (Bund, Länder) wird  
die Arbeit der projektbegleitenden Arbeitskreise auf Bundesebene sowie auf Ebene der Mo-  
dellregionen (Berlin und Sachsen-Anhalt) genannt. Bereits aus diesen Strukturen heraus  
konnten einige Absprachen getroffen und Veränderungen initiiert werden.

Für die Ebene der Betreuung von Opfern und Angehörigen wurde von einer Vereinbarung  
berichtet, wonach als Amtshilfe ein Austausch psychosozialer Fachkräfte zwischen Kliniken  
möglich wurde. In einer bisher unzureichenden Öffentlichkeitsarbeit sowie der z.T. fehlenden  
Transparenz zwischen den Anbietern PSNV werden die größten Hindernisse für arbeitsfähi-  
ge regional vernetzte Strukturen gesehen. Anbieter PSNV sollten zudem auch über die  
Schadenslage hinaus bekannt sein und in Kontakt mit Verantwortlichen und Entscheidungs-  
trägern von BOS stehen. Damit könnte u.a. auch verhindert werden, dass PSNV zu spät  
alarmiert wird. Die Aktualität von Erreichbarkeitsdaten von Anbietern und Akteuren PSNV  
wurde von den Teilnehmenden angemahnt.

Ein Diskussionsbedarf wurde auch hinsichtlich der Empfehlungen für die strukturelle Einbin-  
dung der PSNV deutlich. Eine zentrale Rolle hinsichtlich der Zulassung und Bewertung von  
Anbietern, Methoden und Ausbildungen kommt im Entwurf des Projekts dem Akkreditie-  
rungsausschuss zu. Nachfragen hierzu bezogen sich v.a. auf dessen Zusammensetzung  
und die Benennung von Mitgliedern. Geplant ist bisher, den Akkreditierungsausschuss aus  
Wissenschaftlern beteiligter Bezugswissenschaften, erfahrenen Praxisvertretern sowie Ver-  
tretern von BOS zusammenzusetzen. Den Interessensverbänden der verschiedenen beteilig-  
ten Berufsgruppen kommt dabei eine beratende Funktion zu. Eine konsensuelle Besetzung  
des Akkreditierungsausschusses erscheint aus der Sicht der Teilnehmenden zwingend  
geboten. In der Einberufung eines Akkreditierungsausschusses wird einerseits eine Chance  
gesehen, das bestehende Kompetenzgerangel sowie bestehende Konflikte zwischen Anbie-  
tern zu entschärfen. Andererseits wurde angemerkt, dass zunächst mit einer längeren Vor-  
laufphase zu rechnen sei, bis der Ausschuss seine Arbeit aufnehmen könne.

Abschließend wurde festgestellt, dass die Koordinierung der PSNV für Einsatzkräfte in Berlin  
behörden- und organisationsübergreifend bereits weit fortgeschritten geregelt ist, während  
eine vergleichbare Struktur für Organisationen und Anbieter noch nicht etabliert sei. Die  
Vertreterin des MHD, Frau Reinhard, bot an, zu einem nächsten Termin einzuladen, um den  
Dialog fortzusetzen. Dieses Angebot wurde von den Teilnehmenden begrüßt.